Calwer Tagblatt

Nr. 274. | Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. | 96. Jahrgang

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile 75 Pfg. Reklamen Mk. 2.50 Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Mittwoch, den 23. November 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.90 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Neueste Nachrichten.

Die Vertreter Deutschlands und Polens zu den Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien sind gestern in Genf eingetroffen. Die erste Besprechung findet heute unter Vorsitz Calonders im Völkerbundspalast statt.

*

Infolge der Teuerungsunruhen in Berlin ist die Alarmbereitschaft der Schutzpolizei verstärkt worden und ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und von Straßenumzügen ergangen.

*

Die Deutschenhetze Briands auf der Washingtoner Konferenz hat selbstverständlich den gewünschten Erfolg erreicht. Neben „Ovationen" für Briand und Frankreich als ideellem Erfolg soll Frankreich das höchste Maß von Rüstungen zu Lande gewährt werden, das mit den Zielen der Konferenz vereinbar sei.

*

In seiner Zustimmung zu vier Entschließungen der Konferenz zur ostasiatischen Frage hat Japan anscheinend seine Sonderinteressen der Weltpolitik der Angelsachsen geopfert.

Wiedergutmachungen und Kredithilfe.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Bericht über die Verhandlungen mit der Reparationskommission. — Regierung und Kredithilfe der Industrie.

Berlin, 22. Nov. Im Steuerausschuß des Reichstags berichtete heute Reichskanzler Dr. Wirth über die Reparationsfragen. Er führte aus: Die Reparationskommission ist ausschließlich nach Berlin gekommen, um die Sicherheiten für Goldzahlungen von Januar und Februar festzustellen. Alle die, und dazu zählen auch wir, die gemeint haben, daß das Problem der Reparation, das ein Wirtschaftsproblem ist, erörtert werden würde, sind enttäuscht. Auch über ein Moratorium zu verhandeln, hat die Reparationskommission abgelehnt und zwar auch über die Frage eines bedingten Moratoriums, wenn die Januar- und Februar-Zahlungen geleistet werden. Ueber all diese großen Fragen ist nicht verhandelt worden. Die Reparationskommission hat mit außerordentlicher Aufmerksamkeit die Kreditaktion der deutschen Industrie verfolgt. Sie wünschte wiederholt, Definitives darüber zu erfahren. Die Erklärung, eine positive Aeußerung könne noch nicht gegeben werden, hat auf die Reparationskommission enttäuschend gewirkt. Der Reichskanzler wies auf die überaus großen Sachwerte hin, die die Reparationskommission der Industrieaktion beilege. Er erwähnte die von der Industrie gestellten Bedingungen, zu denen die Regierung in wenigen Tagen Stellung zu nehmen gedenke. Es sei unmöglich, diese Bedingungen mit der Bemerkung abzutun, es seien politische Unmöglichkeiten. Die Regierung werde positive Maßnahmen mitteilen, am liebsten in der Plenarsitzung des Reichstags. Die Regierung habe auch die Kreditaktion nach 2 Seiten gefördert, nämlich durch die Bereitwilligkeit, gewisse Bürgschaften zu übernehmen und durch Sondierung des Geldmarktes bezüglich eines langfristigen Kredits. Die Schritte seien noch nicht abgeschlossen. Die Kreditaktion werde durch eine Betonung und Verschiebung der Bedingungen, die die Industrie gestellt habe, nicht erleichtert. Die Regierung stelle das Positive in den Vordergrund, nämlich das Reparationsproblem. Die Kreditfrage sei verknüpft mit dem Ausgang der Washingtoner Konferenz. Es handele sich darum, daß die freien Gelder auf dem Weltmarkte nicht in den großen Abgrund des Wettrüstens hineinrutschen. Der Reichskanzler sehe aber einer Kreditaktion auf lange Sicht mit größter Zuversicht entgegen, falls in Washington eine Erklärung möglich wäre. Die Regierung sei bereit, auch einen Mittelweg zu gehen zwischen einem langfristigen und kurzfristigen Kredit. In Frage komme, daß die Industrie vielleicht unter gleichzeitiger Förderung der Kreditaktion auf lange Sicht einen Vorschuß erhalten könne, der zur Abdeckung der Januar- und Februar-Verpflichtungen herangezogen werden könnte. Der Reichskanzler rechtfertigte, daß die Regierung in der Vergangenheit einen kurzfristigen Kredit von 270 Millionen aufgenommen habe. Gerade diese Aktion habe die Erkenntnis der weltwirtschaftlichen Folgen vertieft. Aber für die Zukunft sei dieser Weg eines kurzfristigen Kredits nach der eingetretenen großen Katastrophe für die deutsche Mark nicht mehr möglich. Wenn wir einen Kredit zur Zahlung der Januar- und Februar-Raten, falls sie in Gold bezahlt werden müßten, mit einer Rückzahlungsfrist von nur 2 oder 3 Monaten aufnehmen müßten, wäre das für unsere Währung absolut ruinös. Die Erkenntnis, daß ein solcher Kredit nichts bedeute, sondern im Gegenteil mehr Ruin schaffe, sei auch bei der Reparationskommission vorherrschend. Der Reichskanzler sehe den Besprechungen mit größter Spannung entgegen und wolle die Kreditaktion mit der Industrie gemeinschaftlich führen. Er sei nicht in der Lage, die Probleme der Kreditaktion mit den übrigen von der Industrie gestellten Fragen zu verbinden. Die Reichsregierung werde ihren Weg gehen, auch wenn die Industrie nicht folgen sollte. Sie nehme aber an, daß die Industrie neben ihr marschieren werde auf dem Wege zu einem Kredit, wenn auch nicht auf lange Sicht, so doch zu solchen Bedingungen, die nach menschlicher Voraussicht eine ökonomische Grundlage haben. Die Regierung werde damit die Politik fortsetzen, die sie bisher getrieben habe.

Stinnes-Aussprache im Steuerausschuß.

Berlin, 22. Nov. Im Steuerausschuß kam Dr. Hertz (Unabh.) auf die Londoner Reise von Stinnes zu sprechen, die er ein sehr gefährliches Beginnen nannte. Denn Stinnes sei der Vater der die Kreditaktion erschwerenden Bedingungen und habe die Kreditaktion hierdurch vereitelt. — Abg. Dr. Spahn (Ztr.) glaubt nicht, daß unsere Schwierigkeiten so groß sind, daß wir schon jetzt unsere Leistungsunfähigkeit erklären müssen. — Reichskanzler Dr. Wirth warnt davor, eine Katastrophe von heute auf morgen anzukündigen. In allen Privatgesprächen mit Mitgliedern der Reparationskommission sei die Ansicht von der Prosperität der deutschen Wirtschaft und der deutschen Industrie zutage getreten. Ein Mitglied der Reparationskommission habe erklärt, es müsse ein leichtes sein für die deutsche Industrie, durch ihr Guthaben im Auslande den fraglichen Betrag von 500 bis 600 Millionen Mark sofort zu entrichten. Der Kanzler habe demgegenüber auf die Schwierigkeiten hingewiesen, diese Guthaben festzustellen. Er habe eingewilligt, daß die Industrie durch eine freiwillige Tat einen Kredit zur Verfügung stelle. Nur ein solches deutlich sichtbares Opfer könne seiner Auffassung nach auch zur Beruhigung der innerpolitischen Lage beitragen. Die Reise Stinnes' nach London sei die Reise einer Privatperson, auf die die Regierung natürlich keinen Einfluß habe. Allerdings habe Stinnes der Regierung von seiner Reise vorher Mitteilung gemacht. Die Fühlungnahme führender Kreise mit dem Auslande sei sehr zu begrüßen.

Arbeiter- und Angestellten-Vertreter beim Reichskanzler.

Berlin, 22. Nov. Der Reichskanzler empfing heute Vertreter des **Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes** und **des Allgemeinen Freien Angestelltenverbands**, welche die durch die Presse bereits bekannt gewordenen **Forderungen zur Behebung der Finanznot des Reiches überreichten.** Die Vertreter der genannten Verbände erläuterten ihre Forderungen eingehend. Die Stellungnahme der Reichsregierung wird in einer zweiten Sitzung bekanntgegeben werden, die binnen kurzem stattfinden wird.

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen.

Kein Hungerstreik in Tegel.

Berlin, 23. Nov. Zu der gestrigen Meldung der „Roten Fahne" über einen Hungerstreik der politischen Gefangenen in der Strafanstalt Tegel bei Berlin erfährt der „Berliner Lokalanzeiger" von der Direktion der Strafanstalt, daß sich von einer Belegschaft von 1500 Mann nur 6 Häftlinge im Hungerstreik befinden. Diese sind sofort isoliert und unter ärztliche Beobachtung gestellt worden. Sie werden nötigenfalls zwangsweise ernährt werden.

Ueberprüfung der Urteile.

Berlin, 23. Nov. Nach einer Meldung der „Freiheit" erklärte gestern Reichsjustizminister Radbruch Vertretern sozialistischer Jugendorganisationen, daß sämtliche gegen politische Gefangene ergangenen Urteile noch einmal überprüft werden würden. Dabei werde besonders Rücksicht genommen auf jugendliche Gefangene, die bestimmt alle amnestiert würden.

Die politische Ausnutzung.

Berlin, 23. Nov. Die in Berlin anwesenden **Arbeiterdelegationen** aus dem Reich, die bei dem Reichsjustizminister Radbruch wegen der Freilassung der politischen Gefangenen vorstellig geworden sind, haben sich, wie die „Rote Fahne" mitteilt, **als provisorische Körperschaft konstituiert, um die gesamte deutsche Arbeiterschaft zum Kampf gegen das herrschende politische System aufzurufen.** Die Konferenz der Delegationen beschloß, mit den sozialistischen Parteien und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten. Ferner sollen die Berliner Betriebsräte zu einer Konferenz zusammenberufen werden, in der von den Delegationen beantragt werden soll, einen allgemeinen deutschen Betriebsrätekongreß oder einen Kongreß von Betriebsvertretungen aus dem ganzen Reich und sämtlichen Arbeiterparteien und Gewerkschaften in kürzester Frist nach Berlin einzuberufen.

Keine Klagen der Gefangenen.

Berlin, 22. Nov. Der durch Reichstagsbeschluß eingesetzte Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Zustände in den Strafanstalten stellt als Ergebnis seiner Untersuchung in der Strafanstalt Lichtenburg fest: Von keiner der Gefangenen sind Klagen über die Anstaltsverwaltung oder schlechte Behandlung vorgebracht worden. Der Hungerstreik richtet sich nur gegen das gefällte Urteil und gegen die Not, die ihre Familien leiden. Es besteht nach Ansicht des ärztlichen Mitgliedes des Untersuchungsausschusses eine eigentliche Lebensgefahr für keinen. Der Abtransport der nach Torgau verlegten 31 Gefangenen, sowie die Dislozierung der übrigen in Lichtenburg hat sich ohne jede Gewaltanwendung vollzogen. Am Tage des Besuches hatte bereits ein erheblicher Teil den Hungerstreik aufgegeben.

Abflauen des Hungerstreiks.

Berlin, 22. Nov. Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, befinden sich jetzt in Torgau nur noch 13, in Lichtenburg nur noch 11 Gefangene im Hungerstreik. Eine Verschlimmerung des Befindens ist nicht eingetreten. In Wittenberg haben alle politischen Gefangenen mit der Nahrungsaufnahme wieder begonnen.

Ablehnung des Generalstreiks durch die Mehrheitssozialisten in Halle.

Berlin, 23 Nov. Wie der „Vorwärts" aus Halle meldet, haben die Halleschen Betriebsräte der S.P.D. einstimmig eine Entschließung angenommen, die jede Beteiligung an einem Generalstreik, sogar die Beteiligung an einer Abstimmung darüber mit Entschiedenheit ablehnt.

Gegen die Zerstörung der deutschen Werke.

Führung ausländischer Pressevertreter durch die Spandauer Werke.

Spandau, 22. Nov. Die technische Direktion der Deutschen Werke AG. teilt mit: Unabhängig von dem gestrigen Besuche des Generals Nollet besuchten am 21. November in Begleitung einiger Herren des Auswärtigen Amts Vertreter der ausländischen Presse und zwar Amerikaner, Chinesen, Dänen, Engländer, Holländer, Japaner, Rumänen, Italiener, Russen und Schweden die Werke Spandau und Haselhorst der Deutschen Werke. Unter Führung leitender Herren der Werke wurde den Pressevertretern ein Blick sowohl in die verschiedenen Fabrikationszweige der Werke als auch in die von der Entente angeordneten Zerstörungsmaßnahmen gegeben. Die Herren konnten sich an Ort und Stelle davon überzeugen, daß die Werke mit der Fabrikation von Kriegswaffen nicht mehr das geringste zu tun haben, daß die angeordneten Zerstörungsmaßnahmen jeder sachlichen Begründung entbehren und daß die Zurücknahme der betreffenden Ententeforderungen unbedingt erforderlich ist, wenn nicht schwere wirtschaftliche Schädigungen, insbesondere Entlassungen von Tausenden von Angestellten und Arbeitern die Folge sein sollen. Nach Abschluß der Besichtigung dankte im Namen der Besucher der Vertreter eines maßgebenden holländischen Blattes für die eingehenden und lehrreichen Erörterungen. Er glaubte sagen zu können, daß die Besichtigung dazu beitragen werde, das Ausland durch die anwesenden Pressevertreter über die friedlichen Absichten der Deutschen Werke AG. und die Notwendigkeit ihrer Erhaltung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse zu unterrichten. Auch bei dieser Besichtigung kam in kurzen Ansprachen der Direktoren und des Vorsitzenden des Hauptbetriebsrats der Werke erneut zum Ausdruck, daß Direktion und Belegschaft einig sind in der Ueberzeugung, daß eine Durchführung der Ententemaßnahmen unter allen Umständen abgelehnt werden muß.

Zur Lage in Rußland.

Fortschreiten der Aufstände in der Ukraine und Karelien.

Kopenhagen, 21. Nov. Wie „Berlingske Tidende" aus Helsingfors telegraphiert wird, hat der dortige ukrainische Vertreter die Mitteilung erhalten, daß die Erhebung in der Ukraine gegen die Bolschewisten große Fortschritte macht. Die Bolschewisten hätten die ganze Dnjestr-Linie räumen müssen. Im Gouvernement Tschernigow sei ein Aufruhr ausgebrochen, durch den die Rückzugslinie der Bolschewisten und Kiew bedroht würden.

„Berlingske Tidende" meldet weiter, daß auch die Erhebung der Bevölkerung in Karelien an Umfang zunimmt. Die Karelier hätten sich in den Besitz der Stadt Kem gesetzt, wo die Bevölkerung sich fast einstimmig ihnen angeschlossen habe. In Olonetz sei ein Aufruhr ausgebrochen. Die bolschewistische Strafexpedition, die die Ordnung wieder herstellen sollte, sei überrumpelt und bis auf den letzten Mann niedergemacht worden. Die Eisenbahnbrücke über den Fluß Swir sei in die Luft gesprengt worden, sodaß die Verbindung mit Petersburg unterbrochen sei.

Helsingfors, 21. Nov. Die hiesigen Vertreter Kareliens haben erfahren, daß von russischer Seite nicht einmal ein ernster Versuch gemacht worden sei, dem Vormarsch der Karelier entgegenzutreten. Die Bolschewisten seien vollständig geschlagen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Weltkonferenz von Washington.

Briands große Hetzrede gegen Deutschland.

Paris, 22. Nov. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus Washington: In der gestrigen Vollsitzung der Konferenz erklärte Staatssekretär Hughes zu der Frage der Entwaffnung zu Lande, für die Vereinigten Staaten werde die Frage nicht gestellt, denn sie hätten, nachdem sie bei Abschluß des Krieges 4 200 000 Mann unter Waffen gehalten hätten, zur Zeit nur 160 000 Mann reguläre Streitkräfte. Die Vereinigten Staaten legten sich aber Rechenschaft ab von den Schwierigkeiten und den Ansichten anderer Nationen und seien bereit, sich vor jeder Rücksicht auf die nationale Sicherheit zu beugen.

Darauf ergriff Briand das Wort und erklärte: Um Frieden zu schließen, muß man zu zweien sein. Man muß den Nachbarn betrachten. Die Entwaffnung muß nicht nur materiell, sondern auch moralisch erfolgen und ich hoffe beweisen zu können, daß in dem Europa, wie es augenblicklich ist, noch ernste Beunruhigungselemente vorhanden sind. Es bestehen noch Verhältnisse, die Frankreich verpflichten, sein ganzes Interesse seiner Sicherheit zu widmen. Er gebe zu, erklärte Briand weiter, daß ein amerikanischer Staatsbürger sage: Der Krieg ist gewonnen, der Friede ist unterzeichnet, Deutschland ist mit einem stark verminderten Heer besiegt, sein Kriegsmaterial ist vernichtet, warum behält Frankreich eine beträchtliche Armee? Was verhindert, daß Frieden in Europa einzieht? Viele versuchen, fuhr Briand fort, von Hintergedanken Frankreichs zu sprechen. Es wolle eine Art militärischer Hegemonie aufrichten und sich an die Stelle des alten imperialistischen Deutschlands setzen. Das sei der grausamste Vorwurf, den man den Franzosen machen könne. Wenn es ein Land gebe, das mit allen seinen Kräften und mit seinem ganzen Willen den Frieden wolle, so sei es Frankreich. Ein ganzes Jahr hindurch habe Deutschland über seine Verpflichtungen diskutiert und sich geweigert, für den Wiederaufbau zu zahlen und zu entwaffnen. Frankreich sei aber kalt geblieben. Es habe nichts unternehmen wollen, was die Lage erschwert hätte. Es habe keinen Haß im Herzen. Es werde alles tun, damit zwischen Deutschland und ihm die Reihe der blutigen Konflikte beendet werde. Briand fuhr fort, er wolle nicht ungerecht sein. Es gebe ein Deutschland, das aus mutigen und vernünftigen Männern bestehe, die in Frieden demokratische Einrichtungen aufbauen wollten. Man werde alles tun, um diesen Deutschen zu helfen. Aber es gebe noch ein anderes Deutschland, das durch den Krieg nichts gelernt habe und das seine schlimmsten Absichten von vor dem Kriege beibehalte. Keiner dürfe sich über den Staatsstreich Kappe täuschen. Wäre er gelungen, dann wäre das alte Deutschland wieder erstanden. Man dürfe den Wert des deutschen Soldaten nicht unterschätzen. Die französischen Soldaten wüßten, mit welchem Heldenmut diese Soldaten fähig seien zu kämpfen. Sieben Millionen, die aus dem Kriege hervorgegangen seien, seien vorhanden. Es sei möglich, sie morgen zu mobilisieren. Als Cadres betrachte Briand die deutschen Polizeikräfte und die Reichswehr.

Frankreich für eine „Große Entente."

Paris, 21. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus Washington macht sich in französischen Kreisen in Bezug auf den fernen Osten der Gedanke geltend, daß die Konferenz ihren Abschluß durch die Bildung einer Art „Großen Entente" finden solle. Diese Entente müsse alle beteiligten Mächte umschließen, die sich verpflichten würden, gemeinsam die auf der Washingtoner Konferenz nicht behandelten oder später auftauchenden Fragen zu lösen. Die amerikanischen Kreise schienen einer günstigen Aufnahme dieser Anregung geneigt zu sein, die auch dem am Schluß des chinesischen Memorandums ausgesprochenen Wunsche entspreche, das fernere gemeinsame Vorgehen aller beteiligten zu gewährleisten und ein praktisches Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten zu bieten, die sich für die Politik gegenüber China ergeben könnten.

Die Flottenbaugrenze für Frankreich und Italien.

London, 21. Nov. „Daily Expreß" berichtet aus Washington, die Flottenbaugrenze für Frankreich und Italien für Großkampfschiffe werde wahrscheinlich auf je 280 000 Tonnen festgesetzt werden. Die Zustimmung Italiens dazu sei sicher, die Frankreichs wahrscheinlich.

Briands Erfolg.

Newyork, 22. Nov. Wie der „New-York Times" aus Washington gemeldet wird, sehe Briands Ersuchen an den Abrüstungsausschuß den Frankreich zu gestattenden Tonnengehalt auf dieselbe Höhe wie den Japans. Eine solche französische Flottenstärke überraschte einigermaßen und es heiße, daß Besprechungen zwischen Hughes, Balfour und Kato deswegen stattgefunden hätten.

Der Korrespondent des „New-York Herald" in Washington schreibt, die großartige Ovation, die Frankreich und Briand gespendet worden sei, zeige, daß die Delegierten den ernsten Wunsch hegten, Frankreich das höchste Maß von Rüstungen zu Lande, das mit den Zielen der Konferenz vereinbar sei, zu belassen. Beruhigende Zusicherungen von seiten Hughes und Balfours hätten dazu gedient, die Spannung zwischen Frankreich und England zu beseitigen.

Briand selbst zufrieden.

Paris, 22. Nov. Der Washingtoner Sonderberichterstatter des „Intransigeant" gibt eine Erklärung wieder, die Briand gestern nach seiner Rede vor Pressevertretern abgegeben hat: „Ein guter Tag für uns," so habe er gesagt, und dann seiner Befriedigung über die Zustimmung Balfours und des belgischen Botschafters zu seinen Erklärungen Ausdruck verliehen. „Morgen wird das ganze amerikanische Volk sein Urteil fällen und vielleicht wird diese Sitzung der Konferenz auch in Deutschland großen Eindruck machen". Briand glaubt nach dem Berichterstatter, daß die Konferenz ihren Abschluß in der Bildung eines zweiten Völkerbunds für den fernen Osten finden werde, dem ein entsprechender Gerichtshof beigegeben werden solle.

Entschließungen zur Frage des fernen Ostens.

Paris, 22. Nov. Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus Washington berichtet, hat die Kommission für den fernen Osten folgende Entschließung angenommen: Die Ver. Staaten, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Holland und Portugal geben ihre feste Absicht kund: 1. die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale und Verwaltungs-Integrität Chinas zu respektieren. 2. China die vollkommenste Möglichkeit und vollkommenste Freiheit zu geben, sich zu entwickeln und eine feste und wirksame Regierung zu bilden, 3. ihren Einfluß darauf zu verwenden, daß der Grundsatz der Gleichheit in Handel und Industrie für alle Nationen auf dem gesamten Gebiet Chinas beachtet wird und 4. sich zu verpflichten, aus den augenblicklichen Umständen keine Vorteile zu ziehen, um Sonderrechte und Privilegien zu erwerben, die den Rechten der Untertanen oder der befreundeten Staaten Abbruch tun könnten, sich aber auch jeder Handlung zu enthalten, die die Sicherheit der genannten Länder bedrohen könnten.

Amtliche Bekanntmachung

betr. Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist ausgebrochen in Conweiler OA. Neuenbürg und der Stadt Leonberg.

Calw, den 22. November 1921.

Oberamt: Vögel, Amtmann.

Schluß der internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 19. Nov. Die Internationale Arbeitskonferenz stimmte in der Diskussion dem Antrag Schuerch betreffend die Arbeitslosigkeit zu und verhandelte damit gleichzeitig über einen Antrag Barlow, der eine internationale Lösung der Frage im Einvernehmen mit den Organisationen des Völkerbundes verlangt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Dann wurde auf Antrag Jouhaux der Verwaltungsrat beauftragt, eine internationale Konferenz einzuberufen, die sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit zu beschäftigen hat. Ferner wurde der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in einer Resolution aufgefordert, sich auch mit der Frage der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft zu befassen.

Genf, 20. Nov. Die 3. Internationale Arbeitskonferenz hielt gestern ihre Schlußsitzung ab. Vorher wurde die Schlußbestimmung über den Entwurf eines Abkommens in der Bleiweißfrage vorgenommen. Dann wurde eine Empfehlung betreffend einen wöchentlichen Ruhetag in Handelsunternehmungen angenommen. Die Frage der Zulassung neuer Sprachen als amtliche Sprachen wurde an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts verwiesen. An den Verwaltungsrat gingen verschiedene Entschließungen zur weiteren Prüfung, so diejenige des schweizerischen Arbeitervertreters Schuerch über die Nachtarbeit in Bäckereien.

Die Teuerungsunruhen in Preußen.

Besprechungen und Maßnahmen der Reichsregierung.

Berlin, 23. Nov. Wie das „Berl. Tageblt." mitteilt, wurde gestern sowohl im Reichswirtschaftsministerium, als auch in der Reichskanzlei die durch die Teuerung und die Plünderung von Geschäftsläden in Berlin entstandene Lage besprochen. An den Beratungen nahmen Reichskanzler Dr. Wirth, der Reichsminister des Innern Dr. Köster, Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsjustizminister Radbruch teil. Vom preußischen Staatsministerium waren Ministerpräsident Braun und der preußische Minister des Innern Severing erschienen.

Das Reichskabinett wird, dem gleichen Blatt zufolge, vermutlich heute auf Grund der gestrigen Informationen die zu ergreifenden Maßnahmen gegen den Wucher erwägen. Nach Informationen des Blattes sei ein Umbau der bestehenden Preisprüfungskommissionen beabsichtigt. Sie sollen durch Institutionen abgelöst werden, in denen den Konsumenten eine stärkere Mitwirkung gesichert wird als bisher. Auch soll diesen Institutionen im Zusammenhang mit den Polizeiorganen eine größere Exekutionsmöglichkeit verliehen werden, damit sie bei Fällen von wucherischer Preistreiberei sofort einschreiten können.

Verbot von Versammlungen und Umzügen.

Berlin, 22. Nov. Ein Erlaß des Polizeipräsidenten verbietet aus Anlaß der Plünderungen von Läden in den letzten Tagen bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle Straßenumzüge und Straßendemonstrationen.

Alarmbereitschaft der Schutzpolizei.

Berlin, 22. Nov. Die Plünderungen, die gestern wiederum in Berlin verübt worden sind, haben den preußischen Minister des Innern und den Polizeipräsidenten veranlaßt, die Alarmbereitschaft der Schutzpolizei zu verstärken. Sämtliche Beamten sind stets in Bereitschaft, auf telefonische Weisung hin bei Plünderungen sofort einzugreifen. Neben dieser Bereitschaft ist ein verstärkter Straßenpatrouillendienst eingerichtet worden, der von mit Karabinern ausgerüsteten Beamten ausgeübt wird.

Verwerfung der Teilaktionen durch die Kommunisten.

Berlin, 23. Nov. Die von den Kommunisten gestern in Berlin einberufenen fünf Versammlungen, die sich mit den Berliner Plünderungsrevolten beschäftigten, verliefen in Ruhe. In den Versammlungen wurden die kleinen Teilaktionen der Arbeitslosen verurteilt. Nur eine große Staatsumwälzung könne zum Ziele führen.

Deutschland.

Wiederwahl der bisherigen Minister in Baden.

Karlsruhe, 21. Nov. Der badische Landtag hat heute mit 53 von 81 abgegebenen Stimmen die bisherigen Minister wiedergewählt. Anstelle des bisherigen Präsidenten Trunk wurde der Abgeordnete Hummel (Dem.) zum Staatspräsidenten gewählt. Zum stellvertretenden Staatspräsidenten wurde der Abgeordnete Trunk gewählt.

Reichsminister Hermes über die Finanzlage Deutschlands.

Berlin, 18. Nov. Im Steuerausschuß des Reichstags führte Reichsfinanzminister Dr. Hermes aus, über drei Punkte bestehe im Ausschuß sicherlich Einigkeit, 1. daß Deutschland aus eigener Kraft versuchen müsse, sein Budget in Ordnung zu bringen; 2. daß dieses nicht möglich sei, wenn an den vorgeschriebenen Reparationsbedingungen festgehalten werde und 3. daß eine Atempause nicht eintreten werde, wenn Deutschland nicht zuvor den Nachweis erbracht habe, daß es alles getan habe, um sein Finanzwesen zu regeln. Der Minister bedauerte, daß ausländische Presseberichte Deutschlands Wirtschaftslage zu günstig schilderten. Alsdann gab der Minister eine Uebersicht über die Finanzgestaltung des Reichs im Rechnungsjahr 1922. Der gesamte Ausgabebedarf beim ordentlichen Reichshaushalt für 1922 werde 72 Milliarden Mark betragen. An ordentlichen Einnahmen für 1922 ständen rund 100 Milliarden Mark zur Verfügung. Beim außerordentlichen Haushalt würden ohne die Kontributionsausgaben und ohne die Fehlbeträge der Post und Eisenbahn schätzungsweise 5 Milliarden benötigt. Bei den Betriebsverwaltungen werde mit rund 2⅓ Milliarden Fehlbeträgen bei dem außerordentlichen Haushalt der Post gerechnet. An ungedeckten Anleiheausgaben seien für Post und Eisenbahn rund 8¾ Milliarden Mark zu nennen, sodaß der ungedeckte Ausgabenbedarf mit rund 11 Milliarden Mark zu beziffern sein werde. Der Gesamtbedarf für die Besoldungserhöhungen stelle sich jährlich auf rund 22⅓ Milliarden Mark.

12 Kinder in einem Kino verbrannt.

Harburg, 21. 11. Von den bei der Katastrophe im hiesigen Weltkino ums Leben gekommenen Kindern sind 11 Knaben, das 12. ein Mädchen. Die Kinder standen im Alter von 4 bis 14 Jahren. Die Besitzerin des Kinos, eine Frau Schaffrinski aus Hamburg, ihr Mann und der Filmvorführer wurden festgenommen. Heute Nachmittag wird eine Gerichtskommission die Unglücksstelle besichtigen.

Vom Hilfswerk für Oppau.

Köln, 21. Nov. Die von der „Kölnischen Zeitung" veranstaltete Sammlung für das Oppauer Hilfswerk schließt mit einem Ergebnis von 1 808 576 Mark ab.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. November 1921.

Dienstnachrichten.

Durch Entschließung des Herrn Staatspräsidenten ist eine Lehrstelle an der evang. Volksschule in Simmozheim dem Schulamtsverweser Karl Wießmeyer in Aizenberg übertragen worden.

Liederabend Olga Blomé.

R. Der Liederabend von Olga Blomé am Montag wird in der Konzertfolge für diesen Winter ein bleibendes Ereignis sein. Olga Blomé ist Opernsängerin, Wagnersängerin. Davon hat man auch bei der Beurteilung eines Liederabends im Konzertsaal auszugehen. Denn Konzertsaal und Theater sind zweierlei, und die Maße künstlerischen Wirkens und die daraus folgenden Wirkungen von Bühne und Podium aus deshalb verschieden. Dazu kommt, daß diese Sängerin eine künstlerische Persönlichkeit von ausgesprochener Eigenart ist: elementare Kraft der Darstellung, Stärke seelischer Durchdringung des Vortrags, und absolute geistige Beherrschung alles Technischen vereinen sich mit einer von Natur durch Umfang, Stärke und Wohllaut wundervollen Stimme, deren vorzügliche Eigenschaften durch Kunst und Technik zur Vollendung ausgebildet sind. Modulation, Artikulation, Atemtechnik und wie die unschönen Fachausdrücke als notwendige Uebel alle heißen, scheinen für diese Künstlerin keine Probleme zu sein. Andere erliegen z. B. an den Liedern von Marx. Der Gesamteindruck ist der höchster, reifster Kunst. Wer nun Olga Blomé als Wagnersängerin kennt, den wundert es nicht, daß die zarte Lyrik Wolfscher Musik durch die gesangliche Dramatik der Künstlerin, wenn nicht ganz verdunkelt, so doch zum Teil unterdrückt wurde, z. B. in „Ueber Nacht" und „An". Das soll keine Einschränkung sein, denn auch sie und vor allem das „Elfenlied" und „Auch kleine Dinge können uns entzücken" gelangen vortrefflich, stimmlich und mimisch. Den Höhepunkt des Abends bildeten zweifellos — eigentlich ist jedes Urteil in solchen Wertfragen stets individuell — Grieg und Marx. Der letzte, wie alle „modernen" Musiker, hat eine sehr komplizierte Komposition von Melodieführung und Begleitung. Und wenn man sagen wollte, Pausen statt Töne sind ein Kennzeichen dieser Musik, so wäre das nicht einmal ein Scherz. Der sehr starke psychische Charakter dieser Musik stellt die höchsten Anforderungen an Künstler wie Publikum. Rein technisch genommen waren die beiden Lieder die Höchstleistungen des Abends: „Wanderers Nachtlied" und „Ein junger Dichter denkt an die Geliebte", eines so schön wie das andre. Schon E. Grieg zeigt diese Problematik der modernen Seele in seinen Tonschöpfungen, in der musikalischen Illustration ein Meister. Das zeigt z. B. die Begleitung zu „Solvejgs Wiegenlied". Der Stimmungsgehalt dieser fünf Lieder wurde von Olga Blomé auch restlos herausgeholt. Kein Wunder, daß die Schwedin den Norweger unter unsern Tonschöpfern am besten versteht. Es ist unmöglich, bei diesen fünf Liedern einzelnes anzuführen. Melodie und Inhalt, Tempo und Temperament, alle Stufungen von Stimmung, Stimmstärke und Ausdruck, Gesang, Vortrag und Mimik ließen in vollendeter Uebereinstimmung jedes einzelne zum Erlebnis werden, ohne daß die Gefahr des „Elegischen" dieser Musik wirklich wurde. Wir hätten nur auch gerne zum „Wiegenlied" hin „Solveigs Lied" gehört. Entzückend wurden die Brahmslieder gesungen, die Dreingaben nicht zu vergessen. Brahms schien dem Beifall nach gefälliger zu wirken als Wolf, und an Beifall kargte die begeisterte Zuhörerschaft den Abend nicht. — Herr Drews-Stuttgart begleitete statt Dr. Riedel. Wenn wir feststellen, daß er seiner Partnerin ebenbürtig war, so sagen wir nicht zuviel. Besonders schön bewältigte er Grieg, besonders gut Marx, immer diskret und doch den Charakter jedes einzelnen Liedes auch bei Brahms und Wolf im kleinsten wie feinsten treffend. Es war ein genußreicher Abend, hoffentlich nicht der letzte dieser Art in diesem Winter.

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt für Dezember

Vom Landtag.

Auf die Anfrage der Frau Abg. Kloß (B.P.) über die Auszahlung der Teuerungszuschläge an Beamtenhinterbliebene hat Finanzminister Liesching erwidert, daß so rasch als möglich seinerzeit mit der Einweisung der Hinterbliebenen in ihre neuen Bezüge begonnen wurde. Allerdings wurden zunächst die Ruhegehaltsempfänger behandelt. Was zur Beschleunigung geschehen kann, wird nicht versäumt. Nach dem Stand der Arbeiten ist zu erwarten, daß die überwiegende Mehrzahl der Fälle noch im Laufe dieses Monats der Kasse eingewiesen werden kann. Inzwischen werden die schon bisher bewilligten Vorschüsse auf die Mehrbezüge weiter gereicht. Diese Vorschußleistungen sind von solchem Umfang, daß in vielen Fällen bereits Ueberzahlungen vorliegen und daher eine Schädigung der Forderungsberechtigten durch die seitherige Verzögerung der endgültigen Einweisung nicht vorliegt. Allgemeine weitere Vorschüsse können daher nicht mehr gewährt werden und Sonderberechnungen zur Feststellung der im einzelnen Fall sich noch ergebenden Restforderungen würde nur die endgültige Einweisung verzögern.

Vom Verband württ. Bauvereine.

In einer Vorstandssitzung des Verbands württ. Bauvereine in Stuttgart, dem 10 Gemeinden und 88 Bauvereinigungen mit 1100 Mitgliedern angehören, wurde in Anwesenheit von Präsident Friedel von der Landesversicherungsanstalt und Regierungsbaumeister Weigle als Vertreter des Ministeriums des Innern die schwierige Lage besprochen, in die die Bauvereinigungen durch die Geldentwertung und die Teuerung auf dem Baumarkt geraten sind. Nur großzügige Maßnahmen würden es möglich machen, weitere Wohnungen zu erstellen, um dem Wohnungselend zu steuern. In einer Entschließung wurde bezüglich der Bauhilfsdarlehen gefordert, daß für 1922 diese Darlehen um mindestens 100 Prozent erhöht werden müssen und daß auch für die im Bau befindlichen Wohnungen eine erhöhte Beihilfe eintrete. Bezüglich des Bauholzes wurde für notwendig erklärt, daß für den gemeinnützigen Wohnungsbau das Bauholz aus Staats- und Gemeindewaldungen zu einem auf längere Zeit hinaus gültigen festen Preis in natura zugewiesen wird. Der Preis sollte 80 Prozent der jetzigen Forsttaxe nicht überschreiten. Für die Bauten, die vor Inkrafttreten der erhöhten Forsttaxe von 1921 begonnen worden sind, soll das Holz zu den alten Preisen zugewiesen werden. Zur Beschaffung des Zementbedarfs wurde die Errichtung eines Zementwerks auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage angeregt, ferner zur Finanzierung der Neubauten die baldige Errichtung der im Gesetz vorgesehenen Wohnungskreditanstalt und weiter der Erlaß der Ausführungsbestimmungen zum Reichsheimstättengesetz.

Ausstellung für Siedlungswesen.

Am Sonntag wurde in Stuttgart die vom Deutschen Archiv für Siedlungswesen veranstaltete Ausstellung vor zahlreich geladenen Gästen eröffnet. Oberbaurat Link begrüßte namens der Stadtverwaltung und Ministerialrat Dr. Reuschler im Auftrag der Regierung die Ausstellung. Letzterer entschuldigte die verhinderten Minister des Innern und des Arbeitsministeriums. In drei Jahren des Wohnungsbaus (1919/21) sind in Württemberg etwa 17 000 Wohnungen unter Zuhilfenahme staatlicher Zuschüsse erbaut oder in Angriff genommen worden, 3500 Wohnungen in Gemeinden unter 2000 Einwohnern und gegen 13 000 in Gemeinden mit mehr als 2000 Einw. Auf die Tätigkeit der Gemeinden entfallen 5000, auf Private und Bauunternehmer 7500, auf Bauvereine 4200 Wohnungen. Auf die rund 80 Baugenossenschaften des Verbands württ. Bauvereine kommen 3300, auf die 23 Gruppen des Schwäb. Siedlungsvereins rund 900 Wohnungen. Dr. Reuschler erklärte die Ausstellung für eröffnet. Der Leiter der Ausstellung, Regierungsbaumeister Langen-Berlin dankte der Regierung, Stadtverwaltung und den Verbänden für die Unterstützung. Ein Rundgang durch die Ausstellung schloß sich an. Siedlungspläne und Siedlungsbewegung wird in zahlreichen Karten und Bildern vorgeführt. Dorf- und Kleinstadtanlagen, Stadterweiterungs-, Bebauungs- und Verkehrspläne, alle volkswirtschaftlichen, architektonischen und hygienischen Fragen des Siedlungswesens werden beleuchtet. Die Verteilung des Wohnungsbaus auf die württ. Gemeinden, Bilder und Photographien aus der württ. Siedlungsbewegung u. a. zeigen, daß man in Württemberg in der ganzen Frage nicht hintan stehe.

8 Milliarden für Kriegsbeschädigte.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: In letzter Zeit sind vielfach unrichtige Mitteilungen über die Aufwendungen des Reichs für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene aus dem Weltkrieg 1914/18 verbreitet worden. Es sei daher festgestellt, daß im Rechnungsjahr 1921 für diesen Personenkreis über 8 Milliarden Mark verwendet werden.

Die Technische Nothilfe

bittet um Aufnahme folgender Zeilen: Die Technische Nothilfe hat als Organisation mit der durch die jüngsten Aufrufe bekannten Mittelstandsnothilfe nichts zu tun. Sie hat andere, der Oeffentlichkeit längst bekannte Ziele und kann nur eingreifen, wenn die Arbeit in unseren lebenswichtigen Betrieben notwendig wird zum Wohle der Allgemeinheit. Aber die Landesleitung der Technischen Nothilfe bittet die vielen Tausende, die sich zu ihr erklärt haben, sich der Sache der Mittelstandsnothilfe durch Sinn und Herz gehen zu lassen und in ihrem Kreis dahin zu wirken, daß der Stand, auf dessen Bestehen die Allgemeinheit so dringend angewiesen ist, nicht zu Grunde geht.

Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die endgültige Einkommensteuer-Veranlagung für 1920 ist nunmehr bei den Finanzämtern soweit vorgeschritten, daß demnächst mit der Ausgabe der Steuerbescheide begonnen wird. Auf die in diesen Steuerbescheiden angeforderte Einkommensteuerschuld haben die Steuerpflichtigen durch Barabführung oder im Wege des Steuerabzugsverfahrens bereits Abschlagszahlungen geleistet, die vor Jahresfrist durch sog. vorläufige Einkommensteuerbescheide angefordert worden sind. Diese vorläufigen Einkommensteuerbescheide gründeten sich auf das für 1919 festgestellte steuerpflichtige Einkommen. Infolge der bei dem gesunkenen Geldwert gegenüber 1919 vielfach eingetretenen Erhöhung der Einkommensbezüge und bei den für die größeren Einkommen gegen bisher erhöhten Steuersätzen werden jedoch die nunmehr auszugebenden endgültigen Steuerbescheide für 1920 häufig höhere Steuerbeträge enthalten. Viele Steuerpflichtige werden also jetzt mehr oder weniger große Steuerbeträge nachzuzahlen haben. Den Steuerpflichtigen ist daher zu empfehlen, sich schon jetzt einzurichten und die für solche Nachzahlungen erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Wer die Nachzahlung nicht rechtzeitig leistet, hat nach § 104 der Reichsabgabenordnung Verzugszinsen zu entrichten.

Der heiße Sommer 1921.

In der letzten Sitzung der meteorologischen Gesellschaft in Berlin berichtete der Direktor des preußischen meteorologischen Instituts, Geheimrat Hellmann, über den verflossenen Sommer, der zu den wärmsten gehört, die jemals in Berlin vorgekommen sind. In der 92jährigen Beobachtungsreihe seit 1829 findet man nur in den Jahren 1834, 1868 und 1911 heißere Sommer. Bemerkenswert ist nun, daß gerade diese drei Hitzesommer von milden Wintern gefolgt waren. Es bietet aber die geringe Zahl solcher Uebereinstimmungen keine sichere Gewähr dafür, daß die Witterung auch in diesem Jahre eine entsprechende sein wird."

Mutmaßliches Wetter am Donnerstag u. Freitag.

Der [illegible] ist wechselndes, vielfach trübes, aber trockenes und rauhes Wetter zu erwarten.

Der Sport vom Sonntag.

(SCB.) Stuttgart, 21. Nov. Die Fußball-Verbandsspiele wurden am Sonntag in Württemberg weitergeführt. An Einzelergebnissen nennen wir: Kickers gegen Pfalz-Gaisburg 5:6, V.f.B. Stuttgart gegen F.V. Ulm 1:3; Sp.V. Feuerbach gegen Spvgg. Tübingen 1:1 und als interessantestes Spiel T.V. 1846-Ulm gegen F.V. Zuffenhausen 7:1; ferner in der zweiten Abteilung Verein f. L. Stuttgart gegen Union-Böckingen 1:0; V.f.R. Heilbronn gegen Eintracht Stuttgart 5:2 und Normannia-Gmünd gegen Sportfreunde-Stuttgart mit 1:1. Auch in den einzelnen Ligaklassen wurden zahlreiche Kämpfe ausgefochten. — Der Männerturnverein Stuttgart gab im Festsaal der Liederhalle in Anwesenheit von Vertretern der Regierung und Behörden der Stadt- und Militärverwaltung Meistervorführungen, die die Vielseitigkeiten des deutschen Turnens zeigten und großen Beifall fanden. Auch die Boxer waren mit Wettkämpfen im Wulle'schen Saal beschäftigt. Der Wettkampf Stuttgart-Erfurt verlief unentschieden.

Heilbronn, 21. Nov. Der 20. Nov., der Totensonntag und letzte Sonntag im Kirchenjahre galt dem Gedächtnis unserer Gefallenen und Toten. Diesem Zwecke diente ein Gedächtnisgottesdienst in der Kirche mit Altar- und Kanzeldienst, bei dem Herr Missionar Renz-Eßlingen die Gedächtnispredigt über den Text des Sonntags, Lk. 21, 25—36, hielt, in der er über das Vergängliche hinausweisend, das groß zu machen suchte, was nicht vergeht: Gottes Wort und das Evangelium des Lebens. Im Anschluß an den Gottesdienst sammelte sich der Kriegerverein Heilbronn und die Gemeinde am Ehrenmal unserer Gefallenen. Nach einem kurzen Gebet des Ortsgeistlichen legte der Vorstand des Vereins, Herr Schreinermeister Eichele, unter herzlichen, männlichen Worten des Gedenkens im Namen der Kameraden einen Kranz nieder. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied: „Ich hatt' einen Kameraden" schloß die schlichte eindrucksvolle Feier. — Der Abend brachte dann in der evang. Kirche den zweiten Gemeindeabend mit Lichtbildern. Herr Missionar Renz schilderte an der Hand von 50 prächtigen Bildern seine Reise von Rom bis Benares in Indien. Mit dem Prachtwunderbau des Großmogul in Agra beginnend gab der Vortrag und seine Illustrationen ein anschauliches Bild von Indiens Märchenschönheit, zugleich aber auch einen tiefen Einblick in das Dunkel eines Heidentums, das sich nach Erlösung sehnt. — Mit diesem Lichtbildervortrag ist eine Reihe von Gemeindeabenden fortgesetzt worden, die für die Wintermonate geplant sind. Ihm soll im Dezember ein Gemeindeabend folgen, der die Weihnachtsgeschichte in Bildern des Künstlers Wilhelm Steinhausen zeigt, mit Kinderchören dargeboten von der Rettungsanstalt in Stammheim, während für Januar ein Abend mit Meisterbildern von der Hand Rudolf Schäfers unter der Ueberschrift „Das christliche Jahr" vorgesehen ist. Wir wünschen auch diesen kommenden Darbietungen einen gleich starken Besuch, wie bisher, ebensolches Interesse und dieselbe Opferwilligkeit, vor allem aber wachsenden Sinn und wachsendes Empfinden für den Wert und die Schönheit einer edlen, christlichen, erbauenden und fördernden Unterhaltung.

(SCB.) Nagold, 22. Nov. Nachts wurde bei Schuhmachermeister Kern in der Neuen Straße eingebrochen, wobei den Dieben eine Menge Stiefel und Kleider in die Hände fielen. Der patrouillierende Polizeibeamte begegnete den drei Dieben, die sofort Reißaus nahmen. Nachgesandte Schüsse hatten den Erfolg, daß die Diebe die gestohlenen Sachen fallen ließen. Es wird nach den Tätern gefahndet.

(SCB.) Freudenstadt, 22. Nov. Die Gemeinden Aach und Grüntal haben sich unter dem Vorsitz von Oberamtmann Lutz geeinigt, statt der bisherigen, für den Langholzverkehr so gefährlichen Bergstraße eine Talstraße zu erbauen. Jede Gemeinde trägt die Grunderwerbungs- u. Baukosten auf ihrer Markung. Der Kostenaufwand beträgt 6—700 000 M.

(SCB.) Ludwigsburg, 22. Nov. (Großfeuer auf Hohenasperg.) In der Nacht auf Dienstag brach in dem Filialbau auf Hohenasperg unter dem Dach über einem Schlafsaal Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit über das 70 Meter lange, aus vier Stockwerken bestehende Gebäude ausdehnte. In dem Bau waren 6 Familien von Gefängnisaufsehern und über 100 Insassen der Strafanstalt Ludwigsburg untergebracht. Die Feuerwehr von Asperg, die Weckerlinie von Ludwigsburg und Zuffenhausen mit ihren Motorspritzen, Sicherheitspolizei und Reichswehr von Ludwigsburg kamen zur Hilfeleistung. Die Wasserleitung funktionierte infolge eines Rohrbruchs nicht. So waren die Löscharbeiten sehr erschwert, bis eine Verbindung mit dem Reservoir der Landeswasserversorgung hergestellt war. Das Gebäude brannte bis auf den Grund nieder. Die Gefangenen beteiligten sich an den Bergungsarbeiten des Mobilars aus den Familienwohnungen in willigster Weise. Die völlige Windstille ermöglichte die Eindämmung des Großfeuers. Der Schaden geht in die Hunderttausende. Die Sträflinge wurden in anderen Teilen der Hohenasperger Filialstrafanstalt untergebracht. Ueber die Ursache des Brandes steht noch nichts Näheres fest.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Frankfurt a. M., 22. Nov. 11 Uhr vorm. Im Vormittagsverkehr waren Devisen fest: Holland 9575, Schweiz 5275, Paris 1975, Brüssel 1825, London 1120, Kabel Newyork 288, Italien 1100. (Frkf. Ztg.)

An der gestrigen Newyorker Nachbörse wurde die Reichsmark mit 0.36½ Cents genannt, das entspricht einem Dollarkurs in Deutschland von M 274.90. (Frkf. Z.)

Gegen den Wucher.

Der Vorstand der Landesproduktenbörse Stuttgart hat im Börsensaal einen Aufruf angeschlagen, in dem die Börsenmitglieder aufgefordert werden, den Vorstand im Kampf gegen jene Elemente zu unterstützen, die die notwendigsten Lebensbedürfnisse der Gesamtheit schädigen. Mit der seit einigen Wochen einsetzenden Entwertung unserer Währung sei eine unvermeidbare Steigerung der Preise für Getreide, Mehl und sämtlicher Landesprodukte erfolgt. An dieser bedauerlichen Tatsache vermöge niemand im Inland etwas ändern. Produzenten, Handel und Konsum müßten zusammenarbeiten, um Machenschaften, wie Nichterfüllung von Verträgen und dadurch hervorgerufene Preissteigerungen über den Marktwert hinaus, sowie absichtliche Zurückhaltung von Waren wirksam zu bekämpfen. Alle Personen müßten rücksichtslos aus dem Geschäftsverkehr ausgeschaltet werden, die durch ihr Gebahren Treu und Glauben verletzen und durch unreelle, gegen die guten Sitten verstoßende Handlungsweise das Ansehen der Geschäftswelt schädigen und die Allgemeinheit benachteiligen. Der Vorstand der Landesproduktenbörse werde mit allen Mitteln dafür eintreten, daß auch die früher zu billigeren Preise abgeschlossenen Verkäufe im Interesse der Lebensmittelversorgung des Volkes erfüllt werden und nichts unversucht lassen, um die Verbraucher vor Preistreibereien zu schützen.

Die Erhöhung der Gütertarife.

Mit Gültigkeit vom 1. Dezember ab werden die zurzeit geltenden Tarifsätze des Güter- und Tierverkehrs in den Binnen- und Wechseltarifen allgemein um rund 50 Prozent erhöht. Näheres beim Tarifbüro der Generaldirektion Stuttgart. Wegen Erhöhung der Tarife für Expreßgut folgt noch besondere Bekanntmachung.

Tierseuchenstand.

Die Maul- und Klauenseuche ist nach den Mitteilungen des Stat. Landesamts vom 15. November in weiterer Ausdehnung begriffen. An diesem Tage waren 25 Oberämter mit 89 Gemeinden und 559 Gehöften von der Seuche betroffen, davon seit 1. November 44 Gemeinden neu. Am stärksten heimgesucht ist der Donaukreis mit 54 Gemeinden, dann folgt der Schwarzwaldkreis mit 18. Pferderäude herrscht in 14 Gemeinden, Schafräude in 20 Gemeinden.

Verkehr mit Milch.

Zur Verhinderung eines Notstands in der Versorgung der Bevölkerung mit Milch hat der neue Ernährungsminister Keil die Landesversorgungsstelle ermächtigt, 1. anzuordnen, daß Milch, die bisher zu Butter oder Käse verarbeitet worden ist, an bestimmte Empfangsstellen zum Frischmilchverkehr geliefert wird. Dabei darf in den bisherigen Eigenbedarf des kuhhaltenden Betriebs und der der Molkerei (Käserei) angeschlossenen Milchlieferanten an Butter und Käse nicht eingegriffen werden; 2. daß Milch, die bisher zum Frischmilchverkehr geliefert worden ist, an die Empfangsstellen eines anderen Empfangsortes zu dem gleichen Zweck geliefert wird; Lieferungen außer Landes dürfen dadurch nicht berührt werden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat der Verfügung seine Zustimmung gegeben.

Märkte.

Pferde und Vieh.

(SCB.) Stuttgart, 22. Nov. Dem Dienstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 232 Ochsen, 29 Bullen, 234 Jungbullen, 237 Jungrinder, 423 Kühe, 479 Kälber, 567 Schweine, 54 Schafe und 6 Ziegen. Erlöst wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 770—830 M, 2. 580 bis 600, Bullen 1. 750—800, 2. 600—700, Jungrinder 1. 800 bis 890, 2. 680—780, 3. 560—650, Kühe 1. 600—700, 2. 420—530, 3. 300—400, Kälber 1. 980—1050, 2. 860—950, 3. 800—850, Schweine 1. 1660—1750, 2. 1450—1560, 3. 1170—1350, Hammelfleisch 900—1000 M. Verlauf des Marktes: Schweine lebhaft, sonst mäßig.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- u. Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftl. Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich I. V.: W. Rudolphi, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bekanntmachung.

Da das Murgwerk seine

Stromlieferung

plötzlich an uns einstellte, so sind wir auch gezwungen

zu rationieren.

Die Hochspannungsleitung: Stammheim—Münklingen—Höfingen—Birkenfeld wird am Mittwoch und Freitag,

die Hochspannungsleitung: Sommenhardt—Schömberg—Dennach—Bernbach—Arnbach am Dienstag und Donnerstag und

die Hochspannungsleitung: Neubulach—Pfalzgrafenweiler—Altnuifra—Igelsberg—Schönmünzach—Fünfbronn—Aichelberg—Calw—Ernstmühl am Montag und Samstag

von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmitt.

abgeschaltet.

Der Lichtbetrieb

kann nur bei äußerster Selbstbeschränkung des Einzelnen aufrecht erhalten werden.

Motoren dürfen von 5 bis 11 Uhr abends nicht in Betrieb sein.

Das Dreschen und Schroten ist bis zum 12. Dezember ds. Js. verboten.

Bei Zuwiderhandlungen wird ohne weiteres Stromentzug verfügt.

Station Teinach, 22. November 1921.

Gemeindeverband-Elektrizitätswerk Teinach-Station (G. E. T.)

Am Donnerstag, den 24. November, nachmittags 2.45, wird auf dem hiesigen Bahnhofe ein herrenloser

Hund, gelbe Dachshündin

öffentlich meistbietend versteigert, wenn sich der Eigentümer bis dahin nicht gemeldet hat.

Bahnstation.

Der Krämer- und Vieh-Markt in Herrenberg

am Dienstag, 29. November ds. Js., verbunden mit einem

Schweine-Markt

findet unter den üblichen Bedingungen statt, welche beim Stadtschultheißenamt Herrenberg oder beim Oberamt zu erfahren sind.

Herrenberg, den 21. November 1921.

Oberamt: Risch.

Liebenzell.

Im Wege der

Zwangsvollstreckung

versteigere ich am Freitag, den 25. ds. Mts., nachmittags 1 Uhr, gegen bare Bezahlung;

Ein Frauenmantel, Frauen-Ober- und Unterkleider, Hemden, Schürzen, Taschentücher, Handtücher, Servietten, eine Teekanne, Hartspiritus, Flicklappen, Christbaumschmuck, ein elektr. Kocher, einen Reisekorb und anderes.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw:
Ohngemach

Besichtigen Sie

ehe Sie einkaufen mein auswahlreiches Lager in

Damen-Hüten u. Pelzwaren

Neu- und Umarbeiten von Hüten und Pelzen in bekannt tadelloser Ausführung.

Umpressen v. Damen- u. Herren-Hüten schnellstens.

Friedr. Dann, Pforzheim,
Zerrennerstrasse 12. Fernsprecher 2244.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt"

Wenn Prospekte, Kataloge, Rundschreiben usw. einen noch so geschickt abgefaßten Text aufweisen, so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil zur packenden Herstellung mit dazu beiträgt. Wirkungsvolle Ausstattung der

Reklame-Drucksachen

bedingt darum stets ihren Erfolg! Wirklich zweckentsprechende Drucksachen aller Art bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausführung liefern wir in denkbar kürzester Frist. ////

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei

Fernsprecher 9 Calw Lederstraße 151.

Deutschland und das angelsächsische Weltherrschaftsziel

von

Otto Seltmann

geheftet Mk. 22.—.

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung
Die Teilnehmer am Weltkriege
Deutschland. Ein geschichtlicher Rückblick
Bismarck
Die innere Entwicklung Deutschlands
Die Staats- und Gesellschaftsordnung in England u. Frankreich
Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands seit 1870
Zentrum und Papsttum
Der Sozialismus
Die Auswirkungen d. Erziehungsmethoden der deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung
Die deutsche Presse
Die Idee der Demokratie
Die Judenfrage
Die Entwicklungstendenzen der modernen Volkswirtschaft
Der nationale Gedanke
China
Rußland
Die falschen national. Erziehungsmethoden in Deutschland
Die Kriegsschuldfrage
„Verständigungs"- oder „Sieg"-Frieden
Die Ursachen der Revolution
Deutschlands Außenpolitik seit 1871
Das Propagandamittel d. „Völkerrechts"
Amerika und Japan
Das amerikanische Volk und die amerikanische Politik
Japan
Die angelsächsische Weltherrschaftspolitik
Die letzten Vorbereitungen der Entente zum Kriege
Die angelsächsische Politik während des Krieges
Der Waffenstillstand
Der Charakter der Friedensbedingungen
Der fortdauernde „moralische" Krieg gegen Deutschland
Der „Völker"-Bund
Des deutschen Volkes Recht und Hoffnung.

Erhältlich in den Buchhandlungen.

Volksschriften-Verlag Calw.

Jüngeren

Kutscher

zu sofortigem Eintritt gesucht.

Schwarzwaldheim Schömberg,
Station Liebenzell.

Ein fleißiges, ordentliches

Mädchen

(vom Lande bevorzugt) für Küche und Hausarbeit, sowie Versorgung d. Geflügels, gesucht. Hoher Lohn.

Kurhausverwaltung Bad Teinach.

Auf Puppen
werden rasch und sauber

Haar-Perücken
gemacht bei

J. Odermatt,
Friseur beim Bahnhof.

Ordentliches

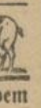
Mädchen

gesucht

Architekt Kimmich,
Sulz am Neckar.

---

2 Ziegen



setzt wegen Futtermangel dem Verkauf aus.

C. Rothfuß, Hirsau.

Dienstboten-Gesuche
haben
in unserem
Blatte (da ja der
grösste Teil der Auflage Verbreitung
auf d. Lande
findet)
gewünschten Erfolg!

Warum kämpfen wir für die Einheitsschule?

Ueber dieses Thema spricht am **Freitag**, den **25. November, abends 8 Uhr, im Saal des „Bad. Hof"**

der früh. Kultusminister B. Heymann.

Hiezu sind die wahlberechtigten Männer und Frauen von Stadt und Land freundlichst eingeladen.

Freie Diskussion. **Sozialdemokrat. Partei.**

Bezirkswohltätigkeitsverein Calw.

Betreff:

Ehrung für weibliche Dienstboten mit 10jähriger Dienstzeit.

Die Zentralleitung für Wohltätigkeit hat sich entschlossen, ein Ehrenzeichen für weibliche Dienstboten zu schaffen, das unter nachfolgenden Voraussetzungen verliehen wird.

„Das Ehrenzeichen (Brosche) erhalten nur solche in Württemberg wohnhafte weibliche Dienstboten, welche in einer Familie oder auf einem und demselben Anwesen nach zurückgelegtem 14. Lebensjahre ununterbrochen mindestens volle 10 Jahre lang treu und in Ehren gedient haben. Ist das Dienstverhältnis ohne das Verschulden des Dienstboten durch äußere Verhältnisse, wie eigene Krankheit oder Krankheit der Angehörigen **unterbrochen** worden, so kann die vor der Unterbrechung zurückgelegte Dienstzeit zu der nachfolgenden hinzugerechnet werden."

Vorstehendes machen wir mit der Aufforderung bekannt, etwaige Bewerbungen durch Vermittlung des Pfarramts und Schultheißenamts bis spätestens **5. Dezember 1921** beim Bezirkswohltätigkeitsverein Calw einzureichen.

Calw, den 19. November 1921.

Der Vorsitzende: Oberamtmann Gös.

Ihr Kind ist hocherfreut

über eine **Puppen-Perücke** aus echtem Menschenhaar, die beliebig gekämmt und frisiert werden kann. Preis von 10 Mk. aufwärts. Kann auch aus mitgebrachten Haaren angefertigt werden.

- Bestellungen erbittet baldmöglichst -

Friseurgeschäft für Damen und Herren

Rich. Schulz, Bad Liebenzell

Fahrpläne

für den Bezirk Calw

erhältlich das Stück zu **80 Pfg.** in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

2000 Mark

gegen gute Sicherheit und monatliche Abzahlung aufzunehmen gesucht.

Gefl. Angebote unter A. Z. 274 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zum Aufbewahren von Möbeln

unmöbliert. Zimmer

für Anfangs 1922 gesucht

Angebote unt. M. R. 274 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche meine

3 Zimmer-

Wohnung

(mit Bad)

in schöner Lage Stuttgarts mit 3-4 Zimmerwohnung in Calw zu

tauschen.

Gefl. Angebote unter C. G. 276 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Meyers Konversations-Lexikon 3. Auflage, **Geschichte der neuen Zeit** von Egelhaaf und deren Fortsetzung bis 1918.

1 Standuhr

in Marmorgehäuse (Altertum) hat billig zu verkaufen.

Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Maschinen-Werkstätte

für

Knopfloch

und

Hohlsaum

Hedwig und Marie Stanger
obere Marktstr. 23

Ein tüchtiger

Eisendreher

und ein

Mechaniker-

Lehrling

werden angenommen

Maschinenfabrik Hammerstr. 7, Pforzheim.

Ein neues, eichenes

Vertikow

hat zu verkaufen.

G. Gwinner,
Möbelschreinerei,
Neubulach.